

## **Antrag**

**der Abgeordneten Bernd Schattner, Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, Enrico Komning, Dr. Michael Esendiller, Sebastian Münzenmaier, Uwe Schulz, Kay-Uwe Ziegler, Barbara Benkstein, Marcus Bühl, Thomas Dietz, Tobias Matthias Peterka, Jan Wenzel Schmidt und der Fraktion der AfD**

### **Abwanderung der deutschen Industrie ins Ausland stoppen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Deindustrialisierung der Wirtschaft nimmt momentan in Deutschland ungehalten seinen Lauf. Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik und Vizepräsident des Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) erklärt „Deutschland befindet sich in einer langanhaltenden Stagnation“ und bezieht sich hierbei auf die aktuellen Konjunkturdaten. Ursachen dieser Entwicklung sieht er u.a. in der rückläufigen Industrieproduktion der energieintensiven Wirtschaftszweige und der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland<sup>1</sup>. Unterstützt wird diese Sichtweise durch den Economic Experts Survey des Ifo Institutes, der bereits im Herbst 2023 zeigte, dass wir als Wirtschaftsstandort in den letzten 10 Jahren an Attraktivität verloren haben. Im Rahmen des 46. Ökonomenpanel von ifo und FAZ vom 16. bis 23. April 2024 wurden deutsche VWL-Professoren zu ihrer Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Situation und dem Wirtschaftsstandort Deutschland befragt. Im Ergebnis wurde der Verlust der Attraktivität des Standortes Deutschland mit einer Reihe wirtschaftshemmender Faktoren, wie zu hoher Bürokratie, zu hohen Steuern, zu hohen Energiekosten, zu geringen Investitionen, schleppender Digitalisierung und schwierigen demografischen Herausforderungen begründet. Die Erosion des Standortes wird von einigen Experten auch auf die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zurückgeführt. Sie ist jedoch aufgrund der Struktur der Europäischen Union, deren Arbeitsweise im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union<sup>2</sup>, auch der EU-Kommission zuzuschreiben. Denn mit der vermehrten Verabschiedung von EU-Verordnungen, die ohne Übergangszeiten nach ihrem Inkrafttreten sofort in den EU-Mitgliedsstaaten gelten, werden zusätzlich negative Standortfaktoren erzeugt.

<sup>1</sup> <https://www.iwh-halle.de/presse/pressemitteilungen/detail/konjunktur-aktuell-deutschland-in-der-stagnation-festgefahren-privater-konsum-weiter-unter-dem-ni/#:~:text=%E2%80%9EDeutschland%20befindet%20sich%20in%20einer,Wirtschaftslage%20gibt%20es%20mehrere%20Ursachen.>

<sup>2</sup> <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:12012E/TXT>

Beispielhaft darf hier die EU-Verordnung EU/2023/1115 vom 31. Mai 2023 über die Bereitstellung bestimmter Rohstoffe und Erzeugnisse, die mit Entwaldung und Waldschädigung in Verbindung stehen, auf dem Unionsmarkt und ihre Ausfuhr aus der Union sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 995/2010<sup>3</sup> angeführt werden, die umfassende Berichtspflichten für die betroffenen Unternehmen vorsieht, die nicht auf die nationale Politik der EU-Mitgliedstaaten zurückzuführen ist und welche sich attraktivitätshemmend auf den Wirtschaftsstandort Deutschland auswirkt. Zu diesem Ergebnis kamen auch die Vorstandsvorsitzenden und Geschäftsführer (CEO) des European Round Table for Industry (ERT)<sup>4</sup> in Brüssel in ihrer halbjährlichen Umfrage<sup>5</sup>. Ilham Kadri, Leiterin von Syensqo und Vorsitzende des ERT-Ausschusses für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation fasste die Ergebnisse der Umfrage wie folgt zusammen: „Die Führungskräfte sind optimistisch, was Investitionen und Beschäftigung in ihren Unternehmen außerhalb Europas angeht – aber die Erwartungen innerhalb Europas sind weit weniger positiv und „Als Wirtschaftsstandort scheint Europa auf einem Pfad des relativen Niedergangs festzustecken“, fügte sie hinzu und mahnte: „Europas neue Führung muss sich vorrangig darum bemühen, eine Wende herbeizuführen und die Wettbewerbsfähigkeit in den Mittelpunkt des Arbeitsprogramms für den Zeitraum bis 2030 zu stellen“.<sup>6</sup>

Bereits 16 % der Unternehmen haben für sich beschlossen, laut einer BDI-Umfrage, den Standort Deutschland aufzugeben. Sie verlagern Teile oder die gesamte Produktion ins Ausland. Weitere 30 % der Unternehmen denken intensiv darüber nach.<sup>7</sup> Namhafte Traditionsunternehmen, die unser Land zu Wohlstand und weltweitem Ansehen verholfen haben, verlassen den Wirtschaftsstandort Deutschland teilweise oder ganz. So verhält es sich auch beim Chemieunternehmen BASF mit Sitz in Rheinland-Pfalz. Zur Diskussion steht nach aktuellen Medienberichten eine vollkommene Produktionsverlagerung, die Aufgabe des Standortes Deutschland und die Abwanderung in die Volksrepublik China. Nach Angaben des Unternehmens wurden weltweit im Jahr 2023 Gewinne erzielt nur in Deutschland standen Verluste zu Buche.<sup>8</sup> Andere deutsche Traditionsunternehmen treffen ähnlich weitreichende Entscheidungen, die nachteilig für unser Land sind, wie der Haushaltsgerätehersteller Miele, der seine Produktion vom Stammsitz in Gütersloh nach Polen verlagert und insgesamt 1.300 Stellen in Deutschland abbaut, von denen 700 Stellen in Polen neugeschaffen werden.<sup>9</sup> Der Reinigungsgerätehersteller Kärcher verlagert den Geschäftsbereich Kärcher Municipal von Reutlingen nach Lettland. Das betrifft jede vierte Stelle des Unternehmens.

<sup>3</sup> <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32023R1115>

<sup>4</sup> <https://ert.eu/>

<sup>5</sup> [https://ert.eu/wp-content/uploads/2024/05/24\\_05\\_29-The-Conference-Board-Measure-of-CEO-Confidence-for-Europe-by-ERT-H1-2024.pdf](https://ert.eu/wp-content/uploads/2024/05/24_05_29-The-Conference-Board-Measure-of-CEO-Confidence-for-Europe-by-ERT-H1-2024.pdf)

<sup>6</sup> <https://www.euractiv.de/section/unternehmen-und-arbeit/news/europaeische-ceos-setzen-zunehmend-auf-geschaeft-ausserhalb-der-eu/>

<sup>7</sup> <https://bdi.eu/artikel/news/standortwettbewerb-annehmen-und-vor-der-eigenen-haustuer-kehren>

<sup>8</sup> <https://www.agrarheute.com/management/agribusiness/basf-koennte-deutschland-verlassen-chemiekonzern-nennt-gruende-621333>

<sup>9</sup> <https://www.cio.de/a/miele-baut-in-deutschland-1-300-arbeitsplaetze-ab,3735839#:~:text=Produktionsverlagerung%20nach%20Polen,ab%2D%20und%20in%20Polen%20aufgebaut.>

Automobilzulieferunternehmen wie ZF verlagern Ihre Produktion sogar in die USA und produzieren dort, frei von ideologischen Vorgaben, die in europäische Rechtsnormen Einzug genommen haben, neue Getriebe. Konkret fertigt ZF die vierte Generation eines Achtgang-Automatikgetriebes für Fahrzeugmodelle mit Verbrennungsmotor inkl. Plug-in-Hybriden.<sup>10</sup> Die gesamten Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort sind noch nicht absehbar, klar ist jedoch, dass etwa 12.000 Arbeitsplätze von dieser Entscheidung betroffen sind und 10.000 Arbeitsplätze bis Ende 2028 abgebaut werden können.<sup>11</sup> Andere Unternehmen der Automobilbranche gehen aufgrund der schwierigen Standortbedingungen einen anderen Weg und streichen Arbeitsplätze. Das Unternehmen Bosch streicht im Bereich „Auto-Software-Geschäft“ weltweit 1.200 Stellen, davon 950 Stellen bis 2026; im Bereich „Steuergeräte“ insgesamt 500 Stellen bis Ende 2025 und im Bereich „Antriebspartie“ an den deutschen Standorten Stuttgart-Feuerbach und Schwieberdingen 1.500 Stellen bis Ende 2025. Der Autozulieferer Continental beschäftigt weltweit 203.000 Mitarbeiter. Bis Ende 2025 sollen die Standorte Schwalbach und Wetzlar geschlossen werden. Zudem wurde im Rahmen eines Effizienzprogrammes angekündigt 1.750 Stellen im Bereich Forschung und Entwicklung und zusätzlich 5.400 Stellen in der Verwaltung zu streichen. Deutschland werden 40% der zu streichenden Arbeitsplätze zugeschrieben. Das Unternehmen Webasto<sup>12</sup> sieht sich gezwungen, aufgrund der schlechten Rahmenbedingungen für die Automobilindustrie etwa 1.600 Stellen von derzeit 16.600 Stellen zu streichen. Das Spezialchemieunternehmen Evonik plant bis Ende 2026 weltweit insgesamt 2.000 Stellen, davon 1.500 Stellen in Deutschland abzubauen. Der Chemiewettbewerber Lanxess streicht weltweit 870 Stellen davon in Deutschland 460. Das Familienunternehmen Stihl kündigte im Frühjahr an, die Investition in die Errichtung eines neuen Werkes nicht in Deutschland zu tätigen, sondern, trotz der hohen Lohnkosten in die Schweiz abzuwandern. Die bestehenden Produktionskapazitäten des Unternehmens würden somit in der Schweiz gestärkt werden und der Hauptsitz weiter in Deutschland verbleiben. Eine neue Bewertung der wirtschaftlichen Situation führte zu einer Revision der Entscheidung, mit dem Ergebnis, dass über die Errichtung eines neuen zusätzlichen Produktionsstandortes in ein bis zwei Jahren neu entschieden wird.<sup>13</sup>

Die Kritik richtet sich an die Ampelregierung und ihre ideologisch geprägte Wirtschaftspolitik, die zur Deindustrialisierung unseres Landes führt. Die Abwanderung der oben beschriebenen Unternehmen bzw. deren Umstrukturierung und der damit verbundene Arbeitsplatzabbau stellen Haltelinien dar, die nicht weiter überschritten werden dürfen. Die Bundesregierung muss in der aktuellen Stagnation alle fiskalischen Möglichkeiten nutzen, um eine Verbesserung der wirtschafts- und geopolitischen Rahmenbedingungen herbeizuführen, in dem beispielsweise wirtschaftshemmende Faktoren, wie zu viel Bürokratie, zu hohe Steuern und zu hohe Energiekosten reformiert werden. Nur unter diesen Rahmenbedingungen kann der Fortbestand des Unternehmertums in Deutschland und der damit verbundene Wohlstand gewährleistet werden.

<sup>10</sup> <https://www.merkur.de/wirtschaft/deutschland-mega-investition-usa-gray-court-zf-friedrichshafen-stellenabbau-jobs-zr-92824246.html>

<sup>11</sup> <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Wird-2024-das-Jahr-der-Deindustrialisierung-article24848278.html>

<sup>12</sup> <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/autozulieferer-webasto-kuendigt-stellenabbau-an-19586233.html>

<sup>13</sup> <https://www.marktundmittelstand.de/zukunftsmaerkte/stihl-kappt-abwanderungsplaene-in-die-schweiz>

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. der bereits stattfindenden Deindustrialisierung Deutschlands Einhalt zu gebieten und Anreize für deutsche Unternehmen zu schaffen, im Inland weiterhin zu produzieren und Arbeitsplätze zu erhalten, indem sie die sogenannte „Grüne Transformation“ durch die Rückabwicklung der Förderungen und Begünstigungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz sowie die bevorzugte Behandlung bei der Genehmigung der Installation sogenannter Erneuerbarer Energien stoppt;
  2. sinnlose Entwicklungshilfeszahlungen aus klimaideologischen Gründen einstellen und diese für die heimische Wertschöpfung in Form von Steuerentlastungen gegenüber den mittelständischen Unternehmen in Deutschland zu nutzen;
  3. den Fachkräftemangel zu bekämpfen, indem die Abwanderung hochqualifizierter deutscher Ingenieure, Wissenschaftler und Facharbeiter in das Ausland („Brain-Drain“) gestoppt wird und langfristig eine kinderfreundlichere Politik praktiziert wird. Hierzu müssen die richtigen Rahmenbedingungen für attraktive Arbeitsbedingungen, gute Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und eine schnelle Integration von arbeitslosen Menschen in das Arbeitsleben erarbeitet und umgesetzt werden;
  4. zur Sicherstellung einer störungsfreien und kostengünstigen Energieversorgung nach finnischem Modell, die Planung neuer Kernkraftwerke der nächsten Generation durch Modifizierung von insbesondere § 7 und § 9 AtG voranzutreiben sowie den Betrieb von Kohlekraftwerken dauerhaft zu ermöglichen;
  5. dem Deutschen Bundestag frühestmöglich einen Gesetzentwurf zum Beschluss vorzulegen, der das seit dem 1. Januar 2023 gültige Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz in seiner aktuellen Fassung aufhebt und sich auf EU-Ebene unmissverständlich gegen die Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie (Corporate Sustainability Due Diligence Directive – CSDDD) einsetzt;
  6. digitale Verwaltungsprozesse zu verschlanken und zu vereinheitlichen und somit die Digitalisierung in Deutschland weiter voranzutreiben.<sup>14</sup>

Berlin, den 24. September 2024

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

<sup>14</sup> <https://www.afd.de/wahlprogramm-klima-energie-technik-digitalisierung/>

## Begründung

Zu Ziffer II. 1.

Die Grüne Transformation der Bundesregierung darf als Kernaufgabe der 20 Legislaturperiode angesehen werden. Sie stimmt in Ihrem Ansatz einer dekarbonisierten Wirtschaft mit den Zielsetzungen der gewählten EU-Kommission von 2019 bis 2024 und der voraussichtlichen neu zu wählenden EU-Kommission von 2024 bis 2029 überein. Die politischen Entscheidungsträger sowohl der Bundesregierung als auch der EU-Kommission unter Führung der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen schufen in den vergangenen Jahren wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die nachhaltige negative wirtschaftliche Auswirkungen zur Folge haben, die aufgrund von Unternehmensentscheidungen und fehlenden FIDs nicht ohne weiteres revidierbar sind. Der European Round Table for Industry (ERT) veröffentlichte ein bei der Boston Consulting Group (BCG) in Auftrag gegebenes Gutachten, das die europäischen energieintensiven Industrien im Spannungsfeld der Dekarbonisierung betrachtet. Die Darstellung des Status Quo zeigt, in welchem Umfang gerade die energieintensive Industrie unter den gesetzten Rahmenbedingungen der letzten Jahre gelitten hat. Die energieintensive Industrie sieht sich aufgrund der Netto-Null-Ziele (Net-Zero-Target)<sup>15</sup> auf europäischer Ebene mit den folgenden vier Schlüsselfaktoren konfrontiert: (1) hohe Energiepreise, (2) Einschränkung beim begrenzten Zugang zu erneuerbaren Energien, (3) hohe CO<sub>2</sub>-Kosten, (4) Investitionen im Zusammenhang mit der Dekarbonisierung. Die Berücksichtigung dieser Schlüsselfaktoren im Produktionsprozess führt zu Preissteigerungen und einer Deindustrialisierung. Besteht die Möglichkeit, dass die Preissteigerungen an Kunden weitergereicht werden, so kommt es zu einer Preissteigerung, die keine Produktionsverlagerung aus der Europäischen Union nach sich zieht. Sofern die Preissteigerungen nicht auf dem Markt durchsetzbar sind, wird hingegen eine Abwanderung der Produktion aus der Europäischen Union in Betracht gezogen. Die Folge, das Exportgeschäft der europäischen Union leidet und hat gegenläufige Warenströme zur Folge. Die Exporte aus der Europäischen Union sinken, was zu einem Anstieg der Importe der europäischen Union führt, was auf die Abwanderung zurückzuführen ist. Eine Betrachtung der Handelsbilanz der Europäischen Union bezogen auf die energieintensiven Industrien zeigt, dass sich ab dem Jahr 2017 die Handelsbilanz um etwa 100 Mrd. Euro verschlechtert hat. Die Deindustrialisierung der Europäischen Union und seiner Mitgliedstaaten hat nach Aussage der BCG bereits begonnen und ist an der Abwanderung der Wirtschaftsbereiche zu erkennen, die beispielsweise Aluminium, Stahl und Ammoniak fertigen. Im Zuge der hohen Energiepreise im Jahr 2022 wurden 70 % der Ammoniakproduktionskapazitäten gedrosselt. Bei der Aluminiumproduktion hingegen sank der weltweite Anteil der Aluminiumproduktion von Europa von 30 % im Jahre 2000 auf 5% im Jahre 2022. Eine weitergehende Deindustrialisierung würde negativen Entwicklungen bei der technologischen Souveränität, der Beschäftigung und der damit verbundenen Gehälter nach sich ziehen. Energieintensive Industrien sind aus diesem Grund als Schlüsselsektoren zu betrachten, die beispielsweise die Lebensmittelsicherheit innerhalb der EU beeinflussen können. Verwiesen sei in diesem Zusammenhang auf die Produktion von Phosphatdüngern, bei der die Volksrepublik China bereits die Selbstversorgung erreichte und die Europäische Union, im Gegensatz dazu, die Hälfte seines Verbrauches im Jahr 2022 importierte.<sup>16</sup> Die Schaffung von Anreizen, um eine weiter voranschreitende Deindustrialisierung zu verhindern ist sowohl auf Europäischer als auch auf bundesdeutscher Ebene mehr als notwendig, um die Zukunftsfähigkeit und den Wohlstand unseres Landes zukünftig zu gewährleisten.

Zu Ziffer II. 2.

Die Entwicklungshilfezahlungen der Bundesregierung sind geprägt von klimaideologischen Ansätzen. Der Etat des Bundesentwicklungsministerium beläuft sich auf 11,22 Mrd. Euro, durch ihn soll die Entwicklungshilfe unseres Landes in der Welt gewährleistet werden. Laut einem Focus – Artikel vom 09.05.2024 werden mit diesen Mitteln unter anderem Fahrradwege in Peru finanziert. Viele Leser dieses Artikels haben die Relevanz dieser Finanzierung nicht verstanden und verweisen in diesem Kontext auf unsere eigenen Probleme, wie Altersarmut, desolate Infrastruktur, löchrige Straßen, marode Schulen, kränkelnde Wirtschaft. Andere kommentierten dieses Verhalten wie folgt<sup>17</sup> (eine Auswahl):

<sup>15</sup> [https://climate.ec.europa.eu/eu-action/climate-strategies-targets/2050-long-term-strategy\\_de](https://climate.ec.europa.eu/eu-action/climate-strategies-targets/2050-long-term-strategy_de)

<sup>16</sup> [https://ert.eu/wp-content/uploads/2024/04/ERT-Competitiveness-of-Europes-energy-intensive-industries\\_March-2024.pdf](https://ert.eu/wp-content/uploads/2024/04/ERT-Competitiveness-of-Europes-energy-intensive-industries_March-2024.pdf)

<sup>17</sup> [https://www.focus.de/finanzen/hitzige-debatte-zur-entwicklungshilfe-das-verschleudern-unserer-steuergelder-in-alle-welt-ist-fuer-mich-ein-verbrechen\\_id\\_259741740.html](https://www.focus.de/finanzen/hitzige-debatte-zur-entwicklungshilfe-das-verschleudern-unserer-steuergelder-in-alle-welt-ist-fuer-mich-ein-verbrechen_id_259741740.html)

„Deutschland ein reiches Land? Viele Bürger, die in ihren Wohnungen frieren müssen, sich nicht ordentlich ernähren können, werden das ganz anders sehen. Armut ist direkt nebenan.“ (Rainer Zimmer)

„Wie wäre es denn mal mit Armutsbekämpfung im Inland? Diese Regierung ist völlig ungeeignet und enthemmt, was die Ausgabe unserer Steuergelder angeht.“ (Walter Drobeck)

„Für uns und unser Land bleibt nichts übrig. Hier sehen die Straßen aus wie damals in der DDR... Die Firmen wandern ab, Arbeitsplätze gehen verloren, alles wird teurer und teurer.“ (Barbara Thews)

„Das Verschleudern unserer Steuergelder in alle Welt ist für mich ein Verbrechen. Deutschland ist kein reiches Land. Wir haben Schulden, marode Straßen, Schulen, Krankenhäuser, etc. Das Geld fehlt überall bei uns.“ (Karin Theis)

Die Entwicklungshilfepolitik der Bundesregierung ist nicht mehr zeitgemäß und muss angepasst werden.

Zu Ziffer II. 3.

Die Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte ins Ausland, dem sog. Brain-Drain, wurde im Rahmen einer Studie<sup>18</sup> der Universität Maastricht und dem studentischen Personaldienstleister, Jobvalley,<sup>19</sup> im Herbst 2023 betrachtet. Hierzu wurden 12.343 Studenten befragt. Unter Ihnen waren sowohl ausländische Studenten mit einem Anteil von 28 % und Studenten mit Migrationshintergrund mit einem Anteil von 24 % vertreten. Im Ergebnis zeigt sich, dass Studenten mit Migrationshintergrund ihre beruflichen Perspektiven im Ausland mit 24 % besser bewerten. Das sind 6 % mehr im Vergleich zu allen befragten Studenten. Des Weiteren sehen 18 % aller Befragten bessere Beschäftigungsmöglichkeiten im Ausland als in unserem Land. Demnach hat jeder siebente Student konkrete Pläne unser Land nach dem Abschluß zu verlassen. Clemens Weitz, Geschäftsführer von Jobvalley, erklärte hierzu „Es ist besonders alarmierend, dass wir Gefahr laufen, jeden fünften bis sechsten Studierenden mit Migrationshintergrund zu verlieren.“ und „bezeichnet die Ergebnisse und die sich daraus ergebenden Konsequenzen als eine „Bedrohung für den Wirtschaftsstandort Deutschland“.“<sup>20</sup>

Zu Ziffer II. 4.

Der Erfolg der Energieversorgung Finnlands ist auf den gezielten Einsatz von Kernenergie zurückzuführen, die in Kombination mit Erneuerbaren Energien zu einem Energieüberschuss und zu sinkenden Energiepreisen führte. Allein die Inbetriebnahme des Kernreaktors „Olkiluoto 3“ im Jahr 2023 führte zu einer Senkung des finnischen Strompreises von 245,98 Euro / MWh auf 60,55 Euro/MWh, das heißt um 75 %.<sup>21</sup> Die Energiepreise haben sich seitdem wieder etwas normalisiert, jedoch liegen sie im Vergleich mit der Europäischen Union deutlich unter dem EU-Durchschnitt.<sup>22</sup>

Zu Ziffer II. 5.

Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz legt unseren Unternehmen Berichts- und Dokumentationspflichten zur Überwachung von Zulieferern auf, deren Nutzen in keinem Verhältnis zum erforderlichen Bürokratieaufwand steht und den internationalen Wettbewerb zu Lasten deutscher Unternehmen verzerrt, da diese im Vergleich zu Unternehmen schlechter gestellt werden, die sich nicht an ein ähnliches Gesetz halten müssen (20/10062).

Zu Ziffer II. 6.

Die Verwaltungsprozesse unseres Landes „ernsthaft“ zu digitalisieren und nicht weiter zu verzögern.

<sup>18</sup> <https://jobvalley.com/de-de/blog/angehende-fachkraefte-zieht-es-weg-aus-deutschland/>

<sup>19</sup> <https://jobvalley.com/de-de/ueber-uns/>

<sup>20</sup> <https://www.fr.de/wirtschaft/brain-drain-in-deutschland-studenten-wandern-ab-zr-92907514.html#:~:text=Deutschland%20fehlt%20es%20an%20Arbeitskr%C3%A4ften,in%20jedem%20sechsten%20Beruf%20Personal.>

<sup>21</sup> <https://www.businessinsider.de/wirtschaft/international-business/warum-finnland-seinen-strom-inzwischen-fast-verschenkt/>

<sup>22</sup> <https://ec.europa.eu/eurostat/cache/countryfacts/>